

Exklusives Sonderangebot.

KPÖ
www.kpoe.at



**wechseln Sie
wenigstens
die Partei**

Was eine schwarz-blaue Regierung heißt, mussten wir fast 3 Jahre erleben. Was von einer rot-schwarzen Regierung zu erwarten ist, wissen wir ebenfalls. Und für rot-grün lohnt der Blick auf Deutschland. Jede Stimme für die KPÖ ist eine Stimme gegen politische Verkommenheit und Prinzipienlosigkeit, gegen Neoliberalismus, ungerechte Verteilung und Krieg!



Veränderung braucht Opposition

Die schwarz-blaue Regierung ist Vergangenheit. Die FPÖ liegt in Agonie, weil ihr die WählerInnen davon laufen und auch ÖVP-Spitzenpolitiker und Wirtschaftsbosse mit der FPÖ keine Koalition mehr eingehen wollen. Kommt es nun zur Wende von der Wende?

Alle Parteien wollen in die Regierung, keine Parlamentspartei kümmert sich um die Anliegen der Menschen. Die SPÖ tendiert mehrheitlich zur Neuauflage von Rot-Schwarz. Die ÖVP tut so, als ob alles möglich wäre. Van der Bellen kann sich sogar ein Bündnis mit der ÖVP vorstellen. Statt klare Vorschläge zur Diskussion zu stellen, bieten die Parlamentsparteien ein Gerangel um die Machtverteilung.

Die KPÖ steht für eine grundsätzlich andere Politik, für die Verteidigung und den Ausbau des Sozialstaats, gegen die Privatisierung und für die Neutralität. Veränderung braucht Opposition, braucht eine starke KPÖ.

Walter Baier
Spitzenkandidat der KPÖ
zur Nationalratswahl

Blau-schwarz ist tot

Diese Regierung wird durch Sozialabbau, Privatisierung, Frauen- und Fremdenfeindlichkeit, Aufrüstung von Polizei und Heer in Erinnerung bleiben. Wir fragen: Was wird ein sozialdemokratischer Bundeskanzler von den sozialen Grausamkeiten der vergangenen Regierung rückgängig machen?

Wir verlangen:

- die Rücknahme der „Pensionsreform“. Rückführung des Pensionsantrittsalters auf 55 und 60 Jahre.
- Aufhebung der Verschlechterungen für die Arbeitslosen.

- Weg mit dem Lauschangriff und der Rasterfahndung.
- Stopp und Rücknahme der neoliberalen Hochschulreform.

An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen. Bislang haben weder SPÖ und Grüne klar gestellt, dass sie diese sozialen Grausamkeiten der letzten Regierung aufheben werden. Wo bleibt dann aber das Ende der Wende?

Sozialstaat ist machbar

Die Grundversorgung der Menschen, Wasser, Gesundheit, Bildung, Post, Energie und Verkehr dürfen nicht dem Privatkapital ausgeliefert werden. Wir wollen keine englischen Zustände bei der Bahn und keine US-amerikanischen Verhältnisse im Gesundheitswesen.

Wir treten für die Verteidigung, den Ausbau & die Modernisierung des Sozialstaats ein.

- Der Mensch muss vor dem Profit stehen.
- Schluss mit den Privatisierungen und Ausverkauf öffentlichen Eigentums.
- Für eine jährliche Inflations-Anpassung der Pensionen.
- Für das Recht auf eine die Existenz sichernde Erwerbsarbeit für alle und eine bedarfsorientierte Mindestsicherung.
- Alle Parteien behaupten, dass wir uns angeblich den Sozialstaat nicht mehr leisten können. Dem widersprechen wir. Österreich ist in der Besteuerung von Kapital und Gewinn das EU-Schlusslicht.
- Ziehen wir die Extragewinne der Unternehmen aus dem Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, des Pensions- und Gesundheits-

wesens heran. Das heißt führen wir eine Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung des Pensions- und Gesundheitssystems ein.

- Abschaffung der Steuerprivilegien der Besitzer von Großvermögen (Privatstiftungen!) und eine neue Steuer auf spekulative internationale Kapitalspekulationen („Tobin-Steuer“). So wird auch die seit langem versprochene Lohnsteuerreform finanzierbar.
- Keine weitere Verzögerung der steuerlichen Entlastung der mittleren und kleinen Einkommen.

Weder SPÖ noch Grüne treten dem neoliberalen Privatisierungswahn entgegen. Wo bleibt da das Ende von der Wende?

Das Frauen- und das Sozialstaatsvolksbegehren umsetzen

Seit Jahren liegen diese beiden Volksbegehren im Parlament. Jetzt drohen sie in den politischen Turbulenzen überhaupt unterzugehen.

Im Sinne der Verwirklichung der beiden Volksbegehren verlangen wir:

- Überprüfung aller Maßnahmen in ihrer Auswirkung auf Lebenszusammenhänge von Frauen.
- Mindeststandards in allen sozialen Leistungen unabhängig vom PartnerInneneinkommen.
- Kostenloser Zugang zu einem flächendeckenden Netz von Kinderbetreuungseinrichtungen.
- Recht auf Schwangerschaftsabbruch in allen öffentlichen Spitälern.

Menschenrechte sind unteilbar

Soziale und politische Rechte sollen nicht an die Staatsbürgerschaft, sondern an die Einwohnerschaft gebunden sein.

- Statt Fremdengesetzen brauchen wir ein Einwanderungsrecht, das sich an den Menschenrechten orientiert und die Respektierung des Menschenrechts auf Asyl.
- Gleiche politische und soziale Rechte für alle, die hier leben.

Ein anderes Europa für eine andere Welt

Die Privatisierungen und Einschränkungen des Sozialstaats werden von den Parteien mit der Globalisierung und den EU-Richtlinien gerechtfertigt. Für alle anderen Parteien sind das unumstößliche Gesetze. Für uns nicht. Im Unterschied zu ÖVP, SPÖ und Grünen sind wir nicht EU-hörig. Wo EU-Recht den Interessen der Menschen widerspricht, haben die letzteren für uns den Vorrang. Deswegen sind wir gegen die Teilnahme an der Euro-Armee und für die Beibehaltung der Neutralität.

- Globalisiert die Menschenrechte – nicht die Märkte!
- Ausstieg Österreichs aus den GATS-Verhandlungen, die weltweit die Privatisierung des Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesens sowie der Wasservorkommen zum Ziel haben.
- Gegen Euro-Militarismus, Nationalismus und Krieg. Keine direkte oder indirekte Beteiligung Österreichs am Krieg gegen den Irak.
- Neutralität ist kein Auslaufmodell sondern ein zukunftsfähiges Konzept für eine friedensorientierte Sicherheitspolitik.
- Beendigung der militärischen NATO-Partnerschaft. Ausstieg aus dem Kauf der Abfangjäger.
- Statt Aufbau einer Berufsarmee: Abschaffung des Bundesheeres, Aufbau eines wirksamen Katastrophenschutzes.



Stimme gegen Privatisierung

KPÖ
www.kpoe.at

■ „Wir vertreten eure Interessen“, sagen die einen und verscherbeln Post, Bahn, Wasser und kommunale Betriebe.

„Über unsere Lebensgrundlagen wollen wir selbst bestimmen“, sagen wir. Denn wo Politik Geschäft ist, wird in die eigene Tasche privatisiert.

■ Die Alternative: Demokratisierung und Ausbau öffentlichen Eigentums. Grundversorgung sichern, statt prinzipienlos um die Macht pokern.

*Ich will mehr über die KPÖ wissen,
schickt mir bitte:*

- Das aktuelle Programm und die Statuten
- Das Frauenprogramm der KPÖ
- Regelmäßig die KPÖ-Newsletter
- Einladungen zu Veranstaltungen
- 4 Nummern der Volksstimme gratis zum Kennenlernen
- Ich bin an einem persönlichen Gespräch interessiert

Name:

E-M@il/Tel.:

Straße, Hausnr.:

Postleitzahl, Ort: